Schönburger Tageblatt

und

Waldenburger Anzeiger

Erscheint werktägl. Nachm. Bezugspreis monatlich im voraus 150 R.-Pfg. freibl., ausschl. Trägerl. Einzelne Nr. 10 Reichspf., Sonntags-Nr. 30 R.-Pf. Anzeigenpreise: 6gesp. Petitzeile 0,15 R.-Mark, v. außerhalb des Bezirkes 0,20 R.-Mark, 3gesp. Reklamezeile 0,45 R.-Mark, Hinweise auf Anzeigen und Eingesandte 0,10 R.-Mark, Nachweise- und Offertengebühr 0,20 R.-Mark, Rabatt nach Tarif. Schwieriger Satz (Tabellen) mit Aufschlag.

Gegründet 1878. Fernsprecher Nr. 9. Postschließfach Nr. 8. Postscheckkonto Amt Leipzig Nr. 4436. Bankkonto: Vereinsbank zu Colditz, Filiale Waldenburg. Stadtgirokonto Waldenburg 90. Rabatte gelten nur bei pünktlicher Zahlung, bei zwangsweiser Eintreibung der Rechnungsbeträge wird jeder Nachlaß hinfällig.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Waldenburg. Ferner veröffentlichen zahlreiche andere staatliche, städtische u. Gemeinde-Behörden ihre Bekanntmachungen im Schönburger Tageblatt.

Verantwortlich für Redaktion, Druck und Verlag E. Kästner in Waldenburg Sachsen.

Mitglied des Sächsischen und des Deutschen Zeitungsverleger-Vereins (E. V.) — Verlagsort Waldenburg Sachsen.

Anzeigen bis vorm. 9 Uhr am Ausgabetag erbeten. Ausgabe nachmittags 1/2 3 Uhr in der Geschäftsstelle in Waldenburg Sa., Obergasse 38. Erfüllungsort Waldenburg. Filialen in Altstadt Waldenburg bei Herrn Otto Förster; in Callenberg bei Herrn Friedr. Hermann Richter; in Langenchursdorf bei Herrn Hermann Esche; in Wolkenburg bei Herrn Linus Friedemann; in Penig bei Firma Wilhelm Dahler; in Ziegelheim bei Herrn Eduard Kirsten.

Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik, Aussperrung, Maschinenbruch, Störungen im Betrieb der Druckerei oder unserer Lieferer, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Erhalt der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Für Richtigkeit der durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen übernehmen wir keine Gewähr

Zugleich weit verbreitet in den Ortschaften der Standesamtsbezirke Altstadt Waldenburg, Bräunsdorf, Callenberg, Frohnsdorf, Falken, Grumbach, Kaufungen, Langenleuba-Niederhain, Langenleuba-Oberhain, Langenchursdorf, Niederwiera, Oberwiera, Oberwinkel, Reichenbach, Remse, Schlagwitz, Schwaben, Wolkenburg und Ziegelheim.

Nr. 145 — Freitag, den 24. Juni 1927 — 49. Jahrgang.

Elf neue Kriegsschiffbauten in Amerika.

Der Reichspräsident empfing gestern den japanischen Professor Dr. Sata.

Stresemann erstattete gestern dem interfraktionellen Ausschuß der Regierungsparteien Bericht über Genf.

Reichswirtschaftsminister Dr Curtius hielt auf dem deutschen Industrie- und Handelstag eine programmatische Rede.

Deutschland soll einen Sitz in der Mandatskommission erhalten.

Die sächsische Regierung hat für die sächsischen Werke in London eine Anleihe von 15 Millionen Mark aufgenommen.

Im Kutiskerprozeß wurde festgestellt, daß ein Hauptbelastungsdokument aus den Akten verschwunden ist.

Im Kasseler Straßenbahnprozeß wurden die beiden Angeklagten freigesprochen.

Bratianu hat eine neue rumänische Regierung gebildet.

Amerika fordert für seine Flotte die gleiche Stärke wie die der stärksten fremden Großmacht.

Waldenburg, 23. Juni 1927.

Die letzte Sonntagsrede Poincarés wird für den französischen Ministerpräsidenten noch ein kleines parlamentarisches Nachspiel haben. Sowohl die sozialistische wie die radikal-soziale Fraktion haben beschlossen, die Regierung wegen der Rede von Lunéville zu interpellieren. Man würde natürlich zu weit gehen, wenn man hierin schon eine Regierungskrise sehen wollte. Jedenfalls zeigen diese Interpellationen aber doch, daß Poincarés Hetzrede keineswegs die ungeteilte Billigung der französischen Nation gefunden hat, wie die Pariser Chauvinistenpresse glauben machen wollte. Es scheint auch nicht der Wahrheit zu entsprechen, daß Poincaré den Außenminister Briand vorher von dem Inhalt seiner Rede verständigt hat. Er soll ihm vielmehr nur mitgeteilt haben, daß er in seiner Rede auch die deutsch-französischen Beziehungen streifen werde. Ueber die Art, wie er das getan hat, soll aber Briand geradezu bestürzt gewesen sein.

Bei dem Vorstoß Poincarés handelt es sich offenbar um eine Kraftprobe. Poincaré, der die Locarno-Politik innerlich stets abgelehnt hat, glaubt, jetzt die Maske fallen lassen zu können. Die Erkrankung Briands, die diesen zur Zeit matt setzt, kam ihm dabei sehr gelegen. Nimmt man freilich an, daß es sich um eine diplomatische Krankheit handelt, so wäre auch die Möglichkeit nicht von der Hand zu weisen, daß Briands Bestürzung nur geheuchelt ist und daß ihm in Wahrheit die Rede Poincarés ebenfalls sehr gelegen kam, weil sie ihm die Möglichkeit gibt, die Verantwortung für das Scheitern der von ihm selbst bereits preisgegebenen Locarno-Politik auf Poincaré abzuwälzen.

In den Pariser parlamentarischen Kreisen ist man sich selbst noch nicht ganz klar, was eigentlich hinter den Kulissen vorgeht. Der von einem Havas-Mitarbeiter befragte rechtsstehende Abgeordnete Missoffe bestreitet, daß eine Meinungsverschiedenheit zwischen dem Quai d'Orsay und dem Ministerpräsidium besteht. Er erklärte: Wenn Poincaré, wie man zu Unrecht behauptet, seine Rede Briand nicht mitgeteilt hat, so hat er trotzdem die vom Außenminister im Ministerrat vertretene These verteidigt und er hat sich sogar auf eine schriftliche Note gestützt, von der Briand in Genf hat Gebrauch machen wollen. Man könne sich nicht erklären, daß die deutsche Presse beharrlich Poincaré als der Annäherungs- und Entspannungspolitik feindlich gegenüberstehend hinstellt. Man kann sogar behaupten, daß er, indem er in so präziser Weise die Bedingungen für die Annäherung formuliert, die einzig wirksame Annäherungspolitik aufzeigt.

Einen anderen Standpunkt nimmt der sozialistische Abgeordnete Fontanier ein, der in der Volonté feststellt, daß tatsächlich zwischen Briand und Poincaré eine grundverschiedene Auffassung über die Politik von Locarno besteht, und daß diese Verschiedenheit schon in der Rede von Bar-le-Duc bei Eröffnung des dortigen Generalrats durch Poincaré vor zwei Monaten stark hervorgetreten sei. Fontanier schreibt in der Volonté: Die sogenannte Locarnopolitik Briands bezweckt, die Schwierigkeiten zu beseitigen und durch gegenseitige Konzessionen und durch eine ständige Anstrengung des guten Willens die Verständigung zwischen uns und Deutschland herzustellen. Die Politik Poincarés dagegen will zweifellos den Frieden, aber sie betreibt seine Aufrechterhaltung durch Mittel, die im Gegenteil geeignet sind, den Krieg wieder herbeizuführen. Die Kammer wird wahrscheinlich begierig sein, zu erfahren, wer von beiden, Briand oder Poincaré, unsere Außenpolitik leitet. Sind wir noch immer auf dem Wege, auf den unser Land nach den Wahlen vom 11. Mai 1924 sich begeben hat, oder sind wir auf diesem Gebiet wie auf anderen zu der Auffassung des nationalen Blocks zurückgekommen? Es besteht das größte Interesse, dies sofort zu erfahren.

Auch wir haben das größte Interesse daran, zu erfahren, welchen außenpolitischen Kurs das Kabinett Poincaré eigentlich steuert. Ob man das freilich aus der Beantwortung der Interpellationen, die, wie üblich, am Freitag zur Verhandlung kommen sollen, erfahren wird, darf man bezweifeln.

Hindenburgs 80. Geburtstag.

Keine geräuschvollen Feiern.

Auf zahlreiche im Bureau des Reichspräsidenten und bei der Reichsregierung eingegangene Anfragen und Vorschläge für die Feier des 80. Geburtstages des Herrn Reichspräsidenten am 2. Oktober d. J. wird amtlich folgendes mitgeteilt:

Reichspräsident von Hindenburg hat den Wunsch ausgesprochen, daß an seinem 80. Geburtstag von kostspieligen und geräuschvollen Feiern oder Veranstaltungen Abstand genommen werden möchte. Allen, die Hindenburgs an diesem Tage gedenken wollen, ist — einem jeden nach seinen Kräften — Gelegenheit gegeben, dies durch Beteiligung an der „Hindenburg-Spende" oder Erwerb der „Hindenburg-Briefmarke" zu tun.

Um der Bevölkerung Berlins und Umgegend Gelegenheit zu geben, an diesem Tage den Reichspräsidenten zu sehen und zu begrüßen, hat sich der Reichspräsident bereit erklärt, am Nachmittag des 2. Oktober (Sonntag) im Stadion eine Huldigung der Berliner Schuljugend entgegenzunehmen. Ein besonders zusammengestellter Chor Berliner Schüler und Schülerinnen wird hier dem Reichspräsidenten einige Lieder vorsingen. Auf dem Wege zum Stadion sollen von den Linden ab Verbände und Vereine, die Studentenschaften und andere Körperschaften sowie die Bevölkerung Spalier bilden, um dem Reichspräsidenten ihre Begrüßung darzubringen.

*

Weitere Zahlstellen für die Hindenburg-Spende.

In Ergänzung der Mitteilungen über die Hindenburg-Spende wird zur Kenntnis gebracht, daß außer den bereits mitgeteilten Zahlstellen die Reichsbank und sämtliche Reichsbanknebenstellen, alle Privatbanken und Sparkassen mit ihren Nebenstellen, die Kassen der Raiffeisenorganisationen usw. Beiträge entgegennehmen. Mit Wirkung vom 1. Juli d. Js. treten als weitere Annahmestellen alle Postanstalten und die durch Aushang gekennzeichneten Dienststellen der Reichsbahn in Tätigkeit.

Die Hindenburgmarke.

Reichspostminister Schätzel machte über die geplante Hindenburg-Marke noch folgende Mitteilungen:

„Die Marke wird am Tage des Geburtstages des Reichspräsidenten, also am 2. Oktober, in den Verkehr gelangen. Es handelt sich um eine Wohlfahrtsmarke, die von der Deutschen Nothilfe vertrieben werden wird, aber auch in allen Postanstalten des Deutschen Reiches gekauft werden kann. Da es sich um eine Wohlfahrtsmarke handelt, wird sie mit dem doppelten Preis des aufgedruckten Wertes verkauft werden. Die Hindenburg-Marke wird voraussichtlich in drei Werten gedruckt werden, nämlich zu 5, zu 10 und zu 20 Pfennigen, und soll, wenigstens in der ersten Zeit, in Form von Markenheftchen verkauft werden, die 20 Fünfpfennig-, 20 Zehnpfennig- und 10 Zwanzigpfennig-Werte enthalten und 10 Mark kosten.

Stresemanns Bericht.

Einmütigkeit im interfraktionellen Ausschuß.

Reichsaußenminister Dr. Stresemann erstattete am Mittwoch vor dem interfraktionellen Ausschuß der Regierungsparteien einen eingehenden Bericht über die Genfer Verhandlungen. Er skizzierte darauf kurz den Inhalt der Rede, mit der er die außenpolitische Aussprache im Reichstag einleiten wird.

Es verlautet, daß sich in der Aussprache eine einmütige Auffassung dahin ergeben hat, daß eine sehr ernste Krisis der Locarno-Politik eingetreten ist und daß diese Krise entweder jetzt von Frankreich beendet werden muß oder aber sich gegen die Möglichkeit einer Fortsetzung der deutsch-französischen Verständigungspolitik auswirkt.

Bei der außenpolitischen Debatte wird nach der Rede Stresemanns entweder eine gemeinsame Erklärung der Regierungsparteien abgegeben, oder es erhalten zunächst die Redner der Opposition das Wort. Ein Vertrauensvotum der Regierungsparteien ist nicht beabsichtigt. Mißtrauensanträge der Opposition werden abgelehnt werden.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Der Reichspräsident empfing gestern den japanischen Professor Dr. med. Sata, Vorsitzender des deutsch-japanischen Vereins in Osaka.

Reichsinnenminister v. Keudell trifft nächsten Sonnabend in Dresden ein, um der sächsischen Regierung seinen Antrittsbesuch zu machen. Er wird auch am Sonnabend und Sonntag an der Hauptversammlung der Kaiser Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften teilnehmen.

Vom Reichsfinanzminister ist für den Neubau des Hygiene-Museums in Dresden ein Betrag von 500,000 RM. aus Reichsmitteln zur Verfügung gestellt worden.

Das Reichskabinett trat gestern Mittwoch Nachmittag zusammen, um sich mit dem soeben fertiggestellten Entwurf des neuen Reichsschulgesetzes zu befassen. Die Regierung glaubt, daß der Regierungsentwurf innerhalb der Regierungsmehrheit nicht mehr auf Widerstände stoßen wird.

In der Sitzung des Völkerbundsrats vom 16. Juni wurde als Anregung des Generalsekretärs des Völkerbundes der Mandatskommission die einstimmige Ansicht des Rates übermittelt, Deutschland einen Sitz in der Mandatskommission zuzuerteilen. Da die Ernennung des deutschen Mitgliedes durch den Rat zu erfolgen hat, ist damit, wie auch der Präsident des Rates hervorhob, die Frage bejahend entschieden.

Im auswärtigen Amt in Berlin hat der Austausch der Ratifikationsurkunde zu dem deutsch-türkischen Handelsvertrag und Niederlassungsabkommen stattgefunden. Die Verträge treten am 22. Juli in Kraft.

In der Frage des Reichsschulgesetzes ist eine Einigung unter den Regierungsparteien noch nicht erzielt worden.

Der Deutsche Landwirtschaftsrat beschäftigte sich am Schlusse seiner Verhandlungen noch mit der Frage der Standardisierung landwirtschaftlicher Erzeugnisse. Graf zu Rantzau, Präsident der Landwirtschaftskammer für die Provinz Schleswig-Holstein, führte hierzu u. a. aus: Die Versuche einer Standardisierung erfolgten mit durchweg guten Ergebnissen bisher auf den Gebieten der Milch- und Buttererzeugung, der Vereinheitlichung der Getreidesorten, auf dem Gebiete des Obst- und Gemüsebaues und in der Viehzucht. Die lebhafte Aussprache, die sich an die zu dieser Frage gehaltenen Referate knüpfte, zeigte, welche Wichtigkeit der Frage der Standardisierung unserer landwirtschaftlichen Erzeugnisse in allen Teilen des Reiches zugewendet wird.

Verlängerung des deutsch-tschechischen Kohlenabkommens. Die Verhandlungen über das deutsch-tschechoslowakische Kohlenabkommen, die zwischen dem Sektionschef Dr. Fischer vom tschechoslowakischen Arbeitsministerium und dem Reichskohlenkommissar Geheimrat Stutz in Berlin geführt wurden, haben ergeben, daß das

SLUB Wir führen Wissen. MUSEUM Naturalienkabinett WALDENBURG